

# Amts-Blatt

der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 18.

Ausgegeben Oppeln, den 2. Mai

1884.

## Bekanntmachungen auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.

**416.** Die Königl. Kreishauptmannschaft als Landespolizeibehörde hat das Flugblatt:

„Rettung oder Ruin! oder Ursache und Beseitigung der sogenannten schlechten Zeit“, von E. Conzett. Volksbuchhandlung Göttingen-Zürich.

auf Grund von §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 verboten.

Leipzig, den 24. April 1884.

Königl. Kreishauptmannschaft.

Graf zu Münster.

**399.** Die Königl. Kreishauptmannschaft als Landespolizeibehörde hat die nichtperiodische Druck-

schrift:

ABC des Wissens für die Denkenden von Dr. A. Douai, Separat-Abdruck aus dem „Volksstaat“. Dritte Auflage. Göttingen-Zürich. Druck der Schweizerischen Genossenschafts-Buchdruckerei 1884,

auf Grund von §§. 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21sten October 1878 verboten.

Leipzig, den 19. April 1884.

Königl. Kreishauptmannschaft.

Graf zu Münster.

## Bekanntmachungen der höchsten Staats-Behörden.

**319.** Bekanntmachung,

den Remonte-Anlauf pro 1884 betreffend.

Regierungs-Bezirk Oppeln.

Zum Anlauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren, sowie zu Artillerie-Stangenpferden geeigneten 5jährigen Pferden, — letztere jedoch nur bis zum 1sten Juli c. — sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Oppeln für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden, und zwar:

den 19ten Mai in Pleß,  
 • 21ten „ „ Tost,  
 • 23ten „ „ Cosel,  
 • 24ten „ „ Leobschütz,  
 • 26ten „ „ Ratzsch,  
 • 28ten „ „ Oppeln,  
 • 29ten „ „ Kreuzburg OS.

Die von der Remonte-Anlauf-Kommission gekauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen; ebenso Krippenreiter, welche sich in den ersten 14 Tagen nach Einlieferung in den Depots als solche erweisen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem

Gebiß (keine Knebeltrense) und eine Kopfhalter von Leder oder Hans mit zwei, mindestens zwei Meter langen, starken hanfenen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Die Deckseine der vorgeführten Pferde sind erwünscht, ebenso bleibt es entschieden wünschenswerth, daß die Schweife der Pferde nicht verkürzt werden.

Berlin, den 1. März 1884.

Kriegs-Ministerium,

Abtheilung für das Remonte-Wesen.

gez. Fhr. von Trojke. Graf von Klinkowström.  
 ad Nro. 320. 2. 84. R. A.

**402.** Bekanntmachung

vom 31sten October 1883, betreffend Ausführungsbestimmungen zur Gewerbeordnung für das Deutsche Reich (Reichs-Gesetzblatt 1883 Seite 177.)

Auf Grund der Bestimmungen in den §§. 44 Absatz 2, 56 d, 60 Absatz 4 der Gewerbeordnung hat der Bundesrath nachstehende

**Ausführungsbestimmungen zur Gewerbeordnung für das Deutsche Reich**

erlassen:

I. Geschäftsbetrieb der Gold- und Silberwaarenfabrikanten u.

Gold- und Silberwaarenfabrikanten und Großhändler sind befugt, auch außerhalb des Gemeindebezirks ihrer gewerblichen Niederlassung, sofern diese im Inlande liegt, persönlich oder durch in ihrem Dienste stehende Reisende Gold- und Silberwaaren an Perso-

nen, die damit Handel treiben, feilzubieten und zu diesem Zwecke mit sich zu führen, vorausgesetzt, daß die Waaren, welche sie feilbieten, übungsgeuiß an die Wiederverkäufer im Stück abgegeben werden. Dasselbe gilt von Taschenuhren- und Bijouteriewaarenfabrikanten und -Großhändlern, sowie von Gewerbetreibenden, welche mit Edelfsteinen, Perlen, Rameen und Korallen Großhandel treiben (vergl. §. 44 Absatz 2 der Gewerbeordnung).

## II. Gewerbebetrieb der Ausländer im Umherziehen.

### A. Im allgemeinen.

1. Ausländer, welche ein Gewerbe im Umherziehen betreiben wollen, bedürfen eines Wandergewerbebescheines.

2. Ausgenommen von der Vorschrift in Ziffer 1 sind solche Ausländer, welche ausschließlich den Verkauf roher Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Viehzucht im gewöhnlichen Grenzverlehr betreiben wollen; der Gewerbebetrieb kann jedoch unterjagt werden, wenn eine der Voraussetzungen der §§. 57 Ziffer 1 bis 4, 57a oder 57b Ziffer 2 bis 4 der Gewerbeordnung vorliegt.

3. Auf die Ausübung des Gewerbebetriebes im Umherziehen, ferner auf die Ertheilung, Versagung und Zurücknahme des Wandergewerbebescheines finden die Bestimmungen des Titels III. der Gewerbeordnung Anwendung, soweit nachstehend nicht etwas anderes bestimmt ist.

4. Die Ertheilung eines Wandergewerbebescheines ist zu versagen, wenn ein Bedürfnis zur Ausstellung von Wandergewerbebescheinen für Ausübung des betreffenden Gewerbes im Bezirke der Behörde nicht besteht, oder sobald für das Gewerbe, für welches der Schein nachgesucht wird, die den Verhältnissen des Verwaltungsbezirks der Behörde entsprechende Anzahl von Wandergewerbebescheinen ertheilt oder ausgedehnt worden ist (vergl. Ziffer 6).

Für das Gewerbe der Toppfänder, der Kesselschläger, der Händler mit Blech- und Drahtwaaren und ähnlichen Gegenständen, der Drehorgelspieler und Dudelsackpfeifer darf ein Wandergewerbebeschein außerdem nur solchen Personen ertheilt werden, welche nachweislich in dem nächst vorangegangenen Kalenderjahre einen Wandergewerbebeschein für dasselbe Gewerbe erhalten haben.

Zigeunern ist der Wandergewerbebeschein stets zu versagen.

5. Ausländer, welche entweder das 21ste Lebensjahr noch nicht überschritten haben, oder durch ihre Persönlichkeit zu erheblichen polizeilichen Bedenken Anlaß geben, sind zum Gewerbebetriebe im Umherziehen nicht zuzulassen.

Der ertheilte Wandergewerbebeschein kann zurückgenommen werden, wenn solche Bedenken nachträglich sich ergeben.

6. Der Wandergewerbebeschein berechtigt den Inhaber, nach Entrichtung der Landessteuern sein Gewerbe

im Umherziehen in dem Bezirke derjenigen Behörde zu betreiben, welche den Wandergewerbebeschein ertheilt hat. Zu dem Gewerbebetriebe in einem anderen Bezirke ist die Ausdehnung des Wandergewerbebescheines durch die zuständige Behörde dieses Bezirkes erforderlich. Die Ausdehnung wird versagt, wenn ein Bedürfnis zur Ausübung des betreffenden Gewerbes in dem Bezirke der Behörde nicht besteht, oder sobald für die den Verhältnissen des Bezirkes entsprechende Anzahl von Personen Wandergewerbebescheine bereits ertheilt oder auf den betreffenden Bezirk ausgedehnt sind.

Auf die Zurücknahme der Ausdehnung findet der §. 58 der Gewerbeordnung sowie vorstehende Ziffer 5 Absatz 2 entsprechende Anwendung.

Das Recht, einen Ausländer aus dem Reichsgebiete auszuweisen, wird durch diese Bestimmungen nicht berührt.

7. Der Mangel eines festen Wohnsitzes im Inlande (§. 57b. Ziffer 1 der Gewerbeordnung), ist Ausländern gegenüber als ein Grund zur Versagung des Wandergewerbebescheines oder zur Versagung der Ausdehnung desselben nicht anzusehen.

8. Sowohl die Ausstellung als auch die Ausdehnung eines Wandergewerbebescheines kann für eine kürzere Dauer, als das Kalenderjahr, oder für bestimmte Tage während des Kalenderjahres erfolgen.

### 9. 1c.

10. Wer beim Gewerbebetriebe im Umherziehen andere Personen von Ort zu Ort mit sich führen will, bedarf der Erlaubnis derjenigen Behörde, welche den Wandergewerbebeschein ertheilt oder ausgedehnt hat. Die Erlaubnis wird in dem Wandergewerbebescheine unter näherer Bezeichnung der Personen vermerkt.

Personen, welche den an die selbständigen Gewerbetreibenden zu stellenden Anforderungen nicht entsprechen, dürfen nicht mitgeführt werden. Diese Bestimmung findet auch auf die Mitführung eines Inländers durch einen ausländischen Gewerbetreibenden und eines Ausländers durch einen inländischen Gewerbetreibenden Anwendung.

Die Erlaubnis zur Mitführung von Personen anderen Geschlechts, mit Ausnahme der Ehegatten und der über 21 Jahre alten eigenen Kinder und Enkel, kann auch dann versagt werden, wenn keiner der aus Ziffer 3 bis 5 sich ergebenden Versagungsgründe vorliegt.

11. Die auf Grund der vorstehenden Bestimmungen getroffenen Verfügungen einschließlich der Versagung der Genehmigung des Druckschriftenverzeichnisses (§. 56 Absatz 4 der Gewerbeordnung) können nur im Wege der Beschwerde an die unmittelbar vorgesetzte Aufsichtsbehörde angefochten werden.

B. Der Geschäftsbetrieb der ausländischen Handlungsreisenden im besondern.

1. Auf Handlungsreisende, welche durch die in den Staatsverträgen vorgesehene Gewerbelegitimationskarte legitimiert sind, finden die Bestimmungen der Staatsverträge Anwendung. Insofern die Handlungsreisenden



den Waaren feilbieten, oder Waaren bei anderen Personen als bei Kaufleuten oder solchen Personen, welche die Waaren produciren, oder an anderen Orten, als in offenen Verkaufsstellen aufkaufen oder Waarenbestellungen bei anderen Personen als bei Kaufleuten oder solchen Personen, in deren Gewerbebetriebe Waaren der angebotenen Art Verwendung finden, aufsuchen wollen, finden die vorstehenden Bestimmungen unter A. auf sie Anwendung.

2. Handlungsreisende, welche Staaten angehören, mit denen ein Abkommen wegen der Gewerbelegitimationskarten zwar nicht abgeschlossen, denen jedoch das Recht der Meistbegünstigung hinsichtlich des Gewerbebetriebes eingeräumt ist, bedürfen zum Geschäftsbetriebe im Inlande einer Gewerbelegitimationskarte.

Die Gewerbelegitimationskarte berechtigt den Inhaber in dem ganzen Gebiete des Reichs, nach Entrichtung der Landessteuern, sofern in letzterer Hinsicht nicht ein Anderes im Wege des Vertrages festgesetzt ist, Waaren bei Kaufleuten oder solchen Personen, welche die Waaren produciren, oder in offenen Verkaufsstellen aufzukaufen und Waarenbestellungen bei Kaufleuten oder Personen, in deren Gewerbebetriebe Waaren der angebotenen Art Verwendung finden, aufzusuchen. Er darf nur Waarenmuster, aber keine Waaren mit sich führen.

Auf die Ertheilung, Verjagung und Zurücknahme der Gewerbelegitimationskarte finden die Bestimmungen des Titels III. der Gewerbeordnung mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß der Mangel eines festen Wohnsitzes im Inlande (§. 57b. der Gewerbeordnung) einen Grund zur Verjagung der Gewerbelegitimationskarte nicht bildet, und daß die auf Grund dieser Bestimmungen getroffenen Verfügungen nur im Wege der Beschwerde an die unmittelbar vorgelegte Aufsichtsbehörde angefochten werden können.

3. Auf die Ausübung des Geschäftsbetriebes der ausländischen Handlungsreisenden (Ziffer 1 und 2) finden die Bestimmungen des Titels III. der Gewerbeordnung entsprechende Anwendung.

#### IV. Schlußbestimmung.

Vorstehende Bestimmungen kommen vom 1sten Januar 1884 ab zur Anwendung.

Berlin, den 31. October 1883.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.  
von Voettcher.

**403.** Für die Prüfung als Vorsteher an Taubstummenanstalten ist Termin auf **Donnerstag den 1sten September d. J.** und folgende Tage anberaumt worden. Dieselbe findet zu Berlin statt.

Die Meldungen zu dieser Prüfung sind bis zum **1sten Juli d. J.** bei dem königlichen Provinzial-Schulkollegium, in dessen Aufsichtsreise der Bewerber angestellt oder beschäftigt ist, bei Einreichung der in §. 5 der Prüfungsordnung vom 11ten Juni 1881 bezeichneten Schriftstücke anzubringen; Bewerber, welche nicht an einer Taubstummenanstalt in Preußen thätig sind, können ihre Meldung unter Führung des Nachweises, daß solche mit Zustimmung ihrer Vorgesetzten erfolge,

bis zu dem angegebenen Termine unmittelbar an mich richten.

Berlin, den 18. April 1884.

Der Minister der geistlichen,  
Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

Im Auftrage:  
de la Croix.

#### **410. Polizei-Verordnung.**

Auf Grund des §. 74 des Bahnpolizei-Reglements  
für die Eisenbahnen Deutschlands vom 4ten Januar 1875  
12ten Juni 1878

ist mit Zustimmung des Reichs-Eisenbahn-Amtes die Anwendung der Bahnordnung für deutsche Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung vom 12ten Juni 1878, publicirt im Centralblatt für das deutsche Reich vom 14ten Juni 1878 (Nr. 24) und in Stück 29 des Regierungs-Amtsblatts vom 19ten Juli 1878 auf der zunächst für den Güterverkehr in Wagenladungen dem Betriebe zu übergebenden Strecke von Tarnowitz nach Stahlhammer der Bahn von Kreuzburg über Lublinitz nach Tarnowitz vom Tage der Betriebseröffnung ab von mir genehmigt worden. Zugleich sind in Gemäßheit des §. 45 dieser Bahnordnung für die bezeichnete Bahnstrecke die nachstehenden Bestimmungen getroffen worden, deren Uebertretung der Strafandrohung des §. 45 unterliegt.

§. 1. Das Betreten des Planums der Bahn, der dazu gehörigen Böschungen, Dämme, Gräben, Brücken und sonstiger Anlagen ist ohne Erlaubnißkarte nur der Aufsichtsbehörde und deren Organen, den in der Ausübung ihres Dienstes befindlichen Forstschutz-, Zoll-, Steuer-, Telegraphen-, Polizeibeamten, den Beamten der Staatsanwaltschaften und den zur Recognoszirung dienstlich entsendeten Offizieren gestattet. Dabei ist jedoch die Bewegung wie der Aufenthalt innerhalb der Fahr- und Rangir-Gleise zu vermeiden.

Das Publikum darf die Bahn nur an den zu Ueberfahrten und Uebergängen bestimmten Stellen überschreiten und zwar nur so lange, als sich kein Zug nähert. Dabei ist jeder unnötige Verzug zu vermeiden.

Es ist untersagt, die Barrieren oder sonstigen Einfriedigungen eigenmächtig zu öffnen, zu überschreiten oder zu übersteigen, oder etwas darauf zu legen oder zu hängen.

§. 2. Außerhalb der bestimmungsmäßig dem Publikum für immer oder zeitweise geöffneten Räume darf Niemand den Bahnhof ohne Erlaubnißkarte betreten, mit Ausnahme der in Ausübung ihres Dienstes befindlichen Chefs der Militär- und Polizeibehörde, sowie der im §. 1 gedachten und der Postbeamten.

Den Festungs-Commandanten, Fortifikations-Offizieren und den durch ihre Uniform kenntlichen Fortifikationsbeamten ist gestattet, auch den Bahnkörper wie die Bahnhöfe innerhalb des Festungsrayons zu betreten.

Die Wagen, welche Reisende zur Bahn bringen

oder daher abholen, müssen auf den Vorplätzen der Bahnhöfe an den dazu bestimmten Stellen auffahren. Die Ueberwachung der Ordnung auf den für diese Wagen bestimmten Vorplätzen, soweit dies den Verkehr mit Reisenden und deren Gepäck betrifft, steht den Bahnpolizeibeamten zu, insofern in dieser Beziehung nicht besondere Vorschriften ein Anderes bestimmen.

§. 3. Das Hinüberschaffen von Pflügen, Eggen und anderen Geräthen, sowie von Baumstämmen und anderen schweren Gegenständen über die Bahn darf, sofern solche nicht getragen werden, nur auf Wagen oder untergelegten Schleifen erfolgen.

§. 4. Für das Betreten der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen durch Vieh bleibt Derjenige verantwortlich, welchem die Aufsicht über dasselbe obliegt.

§. 5. Alle Beschädigungen der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen, mit Einschluß der Telegraphen, sowie der Betriebsmittel nebst Zubehör, ingleichen das Auflegen von Steinen, Holz und sonstigen Sachen auf das Planum, oder das Anbringen sonstiger Fahrhindernisse sind verboten, ebenso die Erregung falschen Alarms, die Nachahmungen von Signalen, die Verstellung von Ausweich-Vorrichtungen und überhaupt die Vornahme aller, den Betrieb störender Handlungen.

§. 6. Das Einsteigen in einen bereits in Gang gesetzten Zug, der Versuch, sowie die Hülfeleistung dazu, ingleichen das eigenmächtige Oeffnen der Wagenthüren, während der Zug sich noch in Bewegung befindet, ist verboten.

§. 7. Die Bahnpolizeibeamten sind befugt, einen jeden vorläufig festzunehmen, der auf der Uebertretung der in den Paragraphen 43—45 der Bahnordnung für deutsche Bahnen untergeordneter Bedeutung, sowie der in dieser Polizei-Verordnung enthaltenen Bestimmungen betroffen oder unmittelbar nach der Uebertretung verfolgt wird und sich über seine Person nicht auszuweisen vermag.

Derselbe ist mit der Festnahme zu verschonen, wenn er eine angemessene Sicherheit bestellt. Die Sicherheit darf den Höchstbetrag der angedrohten Strafe nicht übersteigen.

Enthält die strafbare Handlung ein Verbrechen oder Vergehen, so kann sich der Schuldige durch eine Sicherheitsbestellung der vorläufigen Festnahme nicht entziehen.

Jeder Festgenommene ist ungesäumt an die nächste Polizeibehörde oder an den Staats- oder Amts-Anwalt abzuliefern.

§. 8. Den Bahnpolizei-Beamten ist gestattet, die festgenommenen Personen durch Mannschaften aus dem auf der Eisenbahn befindlichen Arbeitspersonale in Vernehmung nehmen und an den Bestimmungsort abliefern zu lassen. In diesem Falle hat der Bahnpolizeibeamte eine, mit seinem Namen und mit seiner Dienstqualität bezeichnete Festnehmungskarte mitzugeben, welche vorläufig die Stelle der aufzunehmenden Verhandlung vertritt, die in der Regel an demselben Tage, an dem die Uebertretung constatirt wurde, spätestens aber am Vormittag des folgenden Tages an die Polizeibehörde

oder den Staats- oder Amts-Anwalt eingesendet werden muß.

§. 9. Ein Abdruck der §§. 43—46 der Bahnordnung für deutsche Bahnen untergeordneter Bedeutung, der §§. 13, 14, 22 al. 2 und 5 und §. 23 des Betriebs-Reglements sowie der vorstehenden Polizei-Verordnung ist in jedem Passagier-Zimmer auszuhängen.

Mit Bezugnahme auf §. 136 des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vom 30sten Juli 1883 (G. S. S. 230) wird diese Polizei-Verordnung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 6. April 1884.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

#### 411. Bekanntmachung

wegen Ausreichung der Zinscheine Reihe III. zu den Schuldverschreibungen der Preussischen vierprocentigen consolidirten Staatsanleihe von 1876 bis 1879.

Die Zinscheine Reihe III. Nr. 1 bis 8 zu den in den Jahren 1876 bis 1879 ausgesetzten Schuldverschreibungen der Preussischen vierprocentigen consolidirten Staatsanleihe über die Zinsen für die Zeit vom 1sten Juli 1884 bis 30sten Juni 1888 nebst den Anweisungen zur Abhebung der Reihe IV. werden vom 15ten Mai d. J. ab von der Controлле der Staatspapiere hieselbst, Dranienstraße 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Controлле selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, die Bezirks-Hauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a./M. bezogen werden. Wer die Empfangnahme bei der Controлле selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Talons mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 2 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher der Talons eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Controлле der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Talons nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Talons mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare



zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialklassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Klassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine-Reihe nur dann, wenn die Talons abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialklassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Zum Schluß wird schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß zu den gedachten Schuldverschreibungen vom Jahre 1888 ab nicht mehr, wie bisher, nur 8 Stück Zinscheine für vier Jahre, sondern für einen Zeitraum von zehn Jahren 20 Stück Zinscheine gleichzeitig werden ausgereicht werden und demgemäß die den Zinscheinen Reihe III. jetzt beigegebenen Anweisungen zur Abhebung der Reihe IV. eine entsprechende Fassung erhalten haben.

Berlin, den 19. April 1884.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Sydom. Hering. Wierleker. Rüdorff.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Oppeln, den 24. April 1884.

Königliche Regierung.

Graf Zedlitz.

#### 418. Bekanntmachung.

Bezug von Privatexemplaren der neu ausgegebenen Postportotaxe.

Von der Portotaxe (Verzeichniß der Postanstalten in Deutschland und Oesterreich-Ungarn, mit Angabe des Taxquadrats und der Zone zur Berechnung des Fahrpost-Porto u. s. w.) ist eine neue Ausgabe erschienen.

Exemplare derselben nebst der zugehörigen Tabelle der ausgerechneten Portosätze werden an das Publikum käuflich abgelassen. Ewige Anträge sind an die Kaiserlichen Postanstalten oder an die Kaiserlichen Ober-Postdirectionen zu richten. Der Erlaßpreis setzt sich zusammen aus den Druckkosten von M. 1,50 für das Stück, den Kosten für den Einband und den Schreibgebühren für das Ausfüllen der Portotaxe, welche letzteren für jeden Fall von den Kaiserlichen Ober-Postdirectionen festgesetzt werden.

Berlin W., 24. April 1884.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

In Vertretung: Sachse.

#### Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

404. Der Fürstliche Resident Madomski zu Volatitz ist zum Vokal-Schulinspektor der katholischen Schulen in Volatitz und Szepankowitz, Kreis Ratibor, ernannt worden.

Oppeln, den 23. April 1884.

405. Der Rittergutsbesitzer Wienewald zu Lipie ist

zum Vokal-Schulinspektor der katholischen Schule in Lubegko, Kreis Lublinitz, ernannt worden.

Oppeln, den 22. April 1884.

406. Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 29ten März d. Jz. zu genehmigen geruht, daß die Grundstücke des Bahnhofes Sausenberg, im Kreise Rosenberg Os., Hypotheken-Folio 65 Rudoba in der Größe von 3 ha 82 a 56 qm und Nr. 2 des Kartenblatts Sausenberg in der Größe von 1 ha 07 a 09 qm von den selbstständigen Gutsbezirken Sausenberg und Rudoba abgetrennt und mit dem Gemeindebezirke Rudoba vereinigt werden.

Oppeln, den 23. April 1884.

Der Regierungs-Präsident.

412. Dem Kreis-Schulinspektor Thais in Beuthen ist die Vokal-Schulinspektion über die in Roßberg errichtete Kleinkinderschule übertragen worden.

Oppeln, den 25. April 1884.

413. Der Oberförster Nowak zu Karl-Marx-Fasanerie ist zum Vokal-Schulinspektor der katholischen Schule in Köberwitz, Kreis Ratibor, ernannt worden.

Oppeln, den 26. April 1884.

419. Der Kreis-Schulinspektor Elsner in Leobschütz ist zum Vokal-Schulinspektor der katholischen und der Kreis-Schulinspektor Superintendent Schulz zum Vokal-Schulinspektor der evangelischen Schule in Leobschütz ernannt worden.

Oppeln, den 26. April 1884.

#### Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

409. Am 1sten Mai wird die auf der Strecke Tarnowitz-Stahlhammer der Neubaustrecke Tarnowitz-Kreuzburg gelegene Haltestelle Georgenberg für den Güterverkehr in Wagenladungen eröffnet.

Die bezüglichen Frachtsätze sind bei unseren Güter-Expeditionen zu erfahren.

Breslau, den 28. April 1884.

Königliche Eisenbahn-Direction.

#### Personal-Chronik.

400. Bestätigt: die Vocation des katholischen Lehrers Jantos zu Stöblau, Kreis Cosel.

Definitiv angestellt: der katholische Lehrer Bolondel zu Peiskretscham.

Berlitten: dem Polizei-Sergeanten Cieciński zu Oppeln die Kreisbotenstelle bei dem Königlichen Landrathsamte zu Tarnowitz.

#### Erledigte Schullehrerstellen.

401. Die erste Lehrerstelle an der katholischen Schule zu Yugnian, Kreis Oppeln, mit welcher neben freier Wohnung und Feuerung ein Einkommen von 900 Mark verbunden ist, soll vom 1sten Juli d. J. ab anderweitig besetzt werden. Bewerbungsgesuche sind an den Kreis-Schulinspektor Dr. Grabow hier selbst zu richten.

Oppeln, den 22. April 1884.

407. Die erste Lehrerstelle an der katholischen Schule

zu Rhwobezüg, Kreis Oppeln, welche neben freier Wohnung und Feuerung mit 810 Mark dotirt ist, soll zum 1sten October d. J. anderweit besetzt werden. Bewerbungsgesuche sind an die Guts herrschaft zu richten.

Oppeln, den 23. April 1884.

**408.** Die Lehrerstelle an der katholischen Schule zu Krzyzancowiz, Kreis Rosenberg, mit welcher neben freier Wohnung und Feuerung ein Einkommen von 810 Mark verbunden ist, soll vom 1sten Juni d. J. ab anderweitig besetzt werden. Bewerbungsgesuche sind an die Guts herrschaft zu richten.

Oppeln, den 24. April 1884.

**414.** Die zweite Lehrerstelle an der katholischen Schule zu Groß-Kottulin, Kreis Gleiwitz, mit welcher neben freier Wohnung und Feuerung ein Einkommen von 720 Mark verbunden ist, soll alsbald anderweitig besetzt werden. Bewerbungsgesuche sind an die Guts herr-

schaft zu richten.

Oppeln, den 24. April 1884.

**415.** Die zweite Lehrerstelle an der katholischen Schule zu Goldmannsdorf, Kreis Pleß, mit welcher neben freier Wohnung und Feuerung ein Einkommen von 810 Mark verbunden ist, soll vom 1sten Juli d. J. ab anderweitig besetzt werden. Bewerbungsgesuche sind an die Guts herrschaft zu richten.

Oppeln, den 24. April 1884.

**417.** Die zweite Lehrerstelle an der katholischen Schule zu Rotschanowiz, Kreis Rosenberg, mit welcher neben freier Wohnung und Feuerung ein Einkommen von 660 Mark verbunden ist, soll vom 1sten Juli d. Js. ab anderweitig besetzt werden. Bewerbungsgesuche sind an den Kreis schulinspektor Zacher in Rosenberg zu richten.

Oppeln, den 23. April 1884.